



Miltalader Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Ercheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis monatlich 1.80 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im Inlande monatlich 1.80 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Druckerei: Enztalbote Hübner & Co., Wildbad; Moschauer Druckerei Filiale Wildbad. — Postfach 201 1/2 Stuttgart. — Anzeigenpreise: Im Anzeigenteil bis einseitig 16 mm breite Zeilen 5 Pf., Familien-Anzeigen, Vereinsanzeigen, Stellenangebote 3 Pf.; im Textteil bis 30 mm breite Zeilen 10 Pf. — Rabatt nach vorgeschriebener Tarif. — Schluss der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontofällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachlassgewährung weg. — Druck, Verlag u. verantw. Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 56, Tel. 479. — Wohnung: Villa Hubertus

Marktordnung

Zum Reichsbauerntag in Goslar

Von Dr. Hans Adalbert Schweigart, Abteilungsleiter im Reichskommissariat für Vieh-, Milch- und Fettwirtschaft.

Der Liberalismus liegt hinter uns, dieses Zeitalter, in dem deutsche Bauernarbeit der Willkür profitierender Börsenspekulanten preisgegeben war und Angebot und Nachfrage entscheidend für den Preis bäuerlicher Erzeugnisse und deutschen Nahrungsgutes gewesen sind. Eine geregelte Erzeugung gab es nicht; wir durcheinander ging das Räderwerk der bäuerlichen Wirtschaft. Eine gute Ernte wurde nicht etwa als ein Geschenk des Himmels, sondern als hohes Angebot angesehen und dementsprechend mit niedrigerem Preis bewertet. Ein naturgegebener, hoher Milchansatz im Frühjahr wurde selbstredend zum überhöhten Preisdruck für Milch, Butter und Käse benutzt. Die Ausbeute der Wäldschäfer, diese billigste aller Fettquellen, bestimmte den Preis für deutsche Butter. In das Hin und Her des Weltmarktes wurde die bäuerliche Wirtschaft hineingezogen, der Bauer schaltete sich mit seiner Erzeugung ohne Rücksicht auf den Bedarf in die Spekulation ein, wenn er auch meist hinter der Konjunktur herlief. So kam es, daß er außerstande war, mit seiner Wirtschaft den geringsten Krisen standzuhalten.

Es war eine Angelegenheit grundsätzlicher Natur, wenn eine Wirtschaftsordnung geschaffen wurde, in der die bäuerliche Wirtschaft organisch auf die gegebenen Boden- und Klimaverhältnisse und auf den Bedarf eingestellt wird.

Das hat eine Marktordnung zur Folge, in die sich jede bäuerliche Einzelwirtschaft, jede Einzelwirtschaft eines Wirtschaftszweiges, der vor- oder nachgeordnet mit der bäuerlichen Wirtschaft zu tun hat oder mit ihr verbunden ist, einfügen muß und in erster Pflichtgebundenheit den Forderungen und Notwendigkeiten der nationalen deutschen Volkswirtschaft und dem Gemeinwohl zu dienen hat. Pflichtgebundene Wirtschaftsführung ist die Grundlage, auf der die nationalsozialistische Marktordnung ruht.

Ihre Hauptmerkmale sind: 1. Einstellung der Erzeugung auf den Bedarf 2. Ueberwachte Einfuhr nach Bedarf und gegen Tausch 3. Sinnvolle Warenverteilung 4. Gerechter, gesteigerter Preis. Bedarf und Bedarfsdeckung stehen also im Vordergrund unserer deutschen Agrarpolitik, und die Einfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen wird stets abgestimmt auf den deutschen Bedarf. Deshalb die Notwendigkeit, die Einfuhr streng zu überwachen. Dabei ist es bei der heutigen Wirtschaftsführung selbstverständlich, daß für jeden Zentner Butter, für jede Tonne Käse, für jeden Sack Delfaat oder für irgend andere Ernährungserzeugnisse das Ausland verpflichtet wird, die entsprechende Menge deutscher Industrieerzeugnisse abzunehmen. Diesen Weg hat der Reichsbauernführer und Reichsernährungsminister Dr. Darré seit seinem Amtsantritt beschritten und hat damit richtunggebend die deutsche Außenhandelspolitik auf eine neue Grundlage gestellt. Der Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen, das Verkaufen der Ware in die einzelnen Kanäle wird nach ähnlichen Gesichtspunkten geordnet und überwacht. Gerade auf diesem Gebiet spielten sich früher die traurigsten Kapitel liberalistischer Wirtschaftsführung in Bezug auf Konjunktur und Spekulation ab. Der Händler bäuerlicher Erzeugnisse ist heute schon bald ein überwundener Begriff. An seine Stelle tritt der Sammler und Verteiler, der sein Betätigungsfeld von einer höheren Gemeinschaft, den Marktvorbänden, zugewiesen erhält. Dadurch bildet sich wieder der Begriff des realen Handels mit Qualitätsware heraus. Jedem noch so skeptischen Beobachter wird einleuchten müssen, daß gemäß diesen drei Grundgesetzen nationalsozialistischer Marktregelung ein gesteigerter Preis auf gerechter Grundlage die Folge sein muß. Dieser gerechte Preis muß dem Erzeuger die Herstellungskosten und die auf die Erzeugung fallenden Lasten decken, wobei er imstande sein muß, fortschrittliche Methoden anzuwenden, um die höchstmögliche Erzeugung zu gewinnen. Ferner muß ihm der gerechte Preis für die Erhaltung des Hofes einen entsprechenden Anteil gewährleisten und ihm einen bescheidenen Nutzen abwerfen. Der gerechte Preis muß aber weiter auch dem Verbraucher wie dem Arbeiter einen auskömmlichen Lohn für die aufgewendete Arbeit geben und schließlich dem Verbraucher die Anschaffung der Ware seiner Kaufkraft entsprechend ermöglichen.

Durch das Reichsnährstoffsengesetz ist es heute schon möglich gewesen, Festpreise für nahezu alle wichtigen Erzeugnisse des Bauern festzusetzen. Durch die Ueberführung der Preisbewegung von der Labilitätskurve zur Stabilitätskurve ergibt sich folgerichtig, daß der einzelne Volksgenosse heute genau ermessen kann, welchen bestimmten, ebenfalls stabilen Teil seines Einkommens er für seine und seiner Familie Ernährung von seinem Einkommen abzugeben muß. Nicht mehr ein von großen Schwankungen abhängiger Prozentsatz seines Einkommens, sondern ein von vornherein zu erreichender, fester Satz bleibt für die Deckung seines übrigen Bedarfs aus der deutschen Wirtschaft und das bedingt eine Gleichmäßigkeit des Beschäftigungsgrades in der deutschen Wirtschaft überhaupt. Der Reichsbauernführer hat heute die Fäden der bäuerlichen Wirtschaft fest und sicher in der Hand. Er hat im Sinne unseres Führers den weltanschaulichen Unterbau des Nationalsozialismus, nämlich die

Tagespiegel.

In den Vereinigten Staaten fanden am Dienstag die Kongresswahlen statt, die voraussichtlich den demokratischen Rooseveltanhängern den Sieg bringen.

In Paris beginnt am Donnerstag im Parlament der Entscheidungskampf um Doumergues Verfassungsreform; zunächst wurden am Dienstag nur Nachrufe auf König Alexander, Barthou und Poincaré angehört.

Die innerpolitische Lage in Frankreich ist noch ungeklärt. Die radikalsozialistischen Minister stimmen mit Doumergue in verschiedenen Punkten nicht überein.

In Prag sprach Außenminister Beneš vor dem Parlament über die politische Lage, Ministerpräsident Malypetr über die Wirtschaftslage.

Der ungarische Ministerpräsident Gömbös verhandelte am Dienstag mit Mussolini über politische Fragen.

Erkenntnis, daß das Bauerntum das Fundament des Staates ist, daß Blut und Boden die Lebensgrundlagen unseres Volkes sind, gefestigt und strebt dem gewaltigen Ziel zu: Deutschlands Nahrungsfreiheit! Hierauf ist unsere heutige Agrarpolitik, deren Rückgrat eine organische Marktordnung ist, eingestellt und stetig und sicher wird Stein um Stein, Block um Block hinzugefügt, um sie als ehernes Bollwerk richtunggebend für die gesamte Wirtschaftspolitik erstehen zu lassen.

Dr. Göbbels zur Woche des Buches

Berlin, 6. Nov. Deutschland steht in diesen Tagen im Zeichen der „Woche des deutschen Buches“. Den Höhepunkt der Veranstaltung in Berlin bildete die große Kundgebung im Sportpalast. Als erster Redner sprach der Präsident der Reichsschrifttumskammer, Dr. Hans Friedrich Blund. Er sprach von dem geistigen Wettkampf zwischen den Völkern. Daraus führte, stämmisch begrüßt,

Reichsminister Dr. Göbbels

u. a. aus: Das Buch rückt wieder in seine alten Stellungen ein, und man hört überall die Klage: das Volk hat kein Verhältnis mehr zum Buch. Ein ungerechte Klage! Richtiger wäre der Satz umgekehrt, nämlich: Das Volk hat kein Verhältnis mehr zum Volk! Denn solange ein Buch nur für eine dünne Schicht von Intellektuellen geschrieben ist, solange kann es nicht auf Massenkonsum rechnen. Und dann verliert es seine Lebensfähigkeit. Es gibt keine Zeitfrage, die das Volk nicht verstehen könnte. Es kommt nur immer wieder darauf an, wie man die Zeitfragen dem Volke verständlich zu machen sucht.

Wollen wir dem Buche eine neue Lebenskraft geben, dann müssen wir die zerstörten Bindungen zum Volk wieder herstellen. Das Buch muß wieder ins Volk hinein und so wird es dann auch das Volk wieder erobern können. Das Buch muß sich der Probleme der Zeit bemächtigen, damit das Volk sein eigenes Sein und Dasein, sein Leben, seine Sorge, seine Not, seine Freude, seine Begeisterung im Buch auch wiederfindet. Denn das ist die wahre Kunst des Dichters: Die Zeit zu gestalten und damit über die Zeit hinauszuragen und sich der Probleme der Zeit zu bemächtigen, um sie am Ende dann zeitlos darzustellen.

Ich rede damit nicht dem Kitsch und dem Dilettantismus eines Heeres von Nichtstönern das Wort, die glauben, daß die Konjunktur da sei und daß es nun an der Zeit sein müsse, mit Parademärschen und wehenden Salentkreuzfahnen über die Bühne und über die Filmleinwand zu marschieren. Das ist nicht das Ausschlaggebende! Das sind nur die äußeren Symbole unseres Aufbruches. Der Geist, der hinter diesen Symbolen steht, der will gestaltet werden, und er braucht seine Stoffe nicht aus der Gegenwart zu nehmen, er kann sie aus der Vergangenheit emporschauen, denn das, was wir denken und empfinden, ist nicht neu, sondern es haben zu großen Zeiten große Menschen das Große immer gedacht und empfunden, und die Weltanschauung, die wir dem deutschen Volke zurückzugeben haben, ist nicht neu erfunden worden, sondern wir tun nichts anderes als eine aus den Fugen geratene Welt wieder in ihre Fugen zurückzustellen.

Ich weiß sehr wohl, daß man die Dichtung nicht kommandieren kann. Ich weiß sehr wohl, daß wirtschaftliche und politische Blütezeiten vorausgehen müssen, ehe sie von künstlerischen und dichterischen Blütezeiten gefolgt werden. Ich meine, daß nun der geschichtliche Augenblick gekommen sei, daß sie das erste Wagnis unternehmen müßten. Ich meine, es wäre an der Zeit, in dieser Buchwoche vom Volke aus einen Aufruf an die Dichter der Zeit zu ergehen zu lassen, daß sie sich nun der Zeit bemächtigen sollen. (Lebhafte Beifall.)

Es kommt nicht darauf an, möglichst viele Bücher abzusetzen, sondern möglichst gute. Man könnte schon sagen: Ich frage dich, was du liest, und ich sage dir, wer du bist! — Dr. Göbbels schloß mit dem Mahnruf: Haltet fest am deutschen Buch, und ihr bewahrt damit den wahren Schatz unseres deutschen Geistes!

Mit langanhaltendem Beifall bezeugte die Menge ihren Beifall. Im Anschluß daran las Hanns Johst einige eigene Dichtungen vor. Joseph Magnus Behner las einen Abschnitt aus seinem Roman „Sieben vor Verdun“.

Aufruf!

Nach der Woche des deutschen Handwerks die Woche des deutschen Buches — sinnvoll nähern sich zwei Grundgedanken des deutschen Aufbaues einander: die Leistung der schaffenden Hände und die Leistungen des Geistes, Werte und Schönheit der Arbeit, Kräftigung und Befehlung des inneren Lebens der Nation.

Das Wort des politischen Schriftstums fordert dich, deutsches Volk, zu deiner Entscheidung und Bestimmung, das Wort des Dichters ruft dich zu Einkehr und tiefer Beglückung, das Buch des Wissens öffnet die Tore der Welt. Jeder soll — so möchten wir es — künftig teilnehmen an dem Reichtum, den Bücher bedeuten. Die Woche, die vor uns liegt, will uns dieser inneren Gemeinschaft bewußt werden lassen.

Wir wollen diese Einheit festigen und fruchtbar machen, indem wir in diesen Tagen, wie es ein jeder vermag, Bücher kaufen und schenken, uns und anderen zur Freude. Immer wieder werden wir einander daran erinnern, was es heißt, einen Schatz guter Bücher zu besitzen! Darum: Haltet zum deutschen Buch, macht es euch zu eigen!

Hans Friedrich Blund,
Präsident der Reichsschrifttumskammer.

Englische Erklärung zur Saarfrage

London, 6. Nov. Der Staatssekretär des Äußeren, Sir John Simon, wurde im Unterhaus von dem liberalen Parlamentsmitglied Madane gefragt, ob irgend welche endgültigen Vereinbarungen über die Art getroffen worden seien, wie die Abstimmung im Saargebiet abgehalten werden solle.

Sir John Simon erwiderte: Die Saarabstimmungskommission hat ihre Tätigkeit am 1. Juli d. J. aufgenommen und ist vom Völkerbundsrat mit Vollmachten für die Organisation, Leitung und Ueberwachung der Abstimmung im Saargebiet betraut worden. Die Vorkehrungen für die Abhaltung der Abstimmung werden von dieser Körperschaft getroffen. Verschiedene Fragen, die sich aus der Abstimmung ergeben, werden auf der bevorstehenden Tagung des Völkerbundsrates am 21. November erörtert werden. Auf die weitere Frage Madanes, ob ein Grund zu irgend welchen Besorgnissen bestehe, daß interessierte Mächte versuchen würden, in die Abstimmung einzugreifen, antwortete Simon: Ich verweise darauf, daß dies nicht der Fall ist.

Auf die Frage des Führers der Arbeiteropposition, Lansbury, ob Simon eine Erklärung über die Frage der Aufrechterhaltung der Ordnung im Saarbecken abgeben könne, erwiderte Sir John Simon sodann:

Die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Saarbecken liegt bei der Regierungskommission des Saargebietes, die sich dieser Aufgabe weiter erfolgreich unterzieht. Eine Lage, in der sich die Regierungskommission des Saargebietes unfähig sieht, die Ordnung aufrecht zu erhalten, dürfte nicht eintreten und wird, je hoffe ich zuverlässig, niemals eintreten. Schon im Jahre 1926 teilte die Regierungskommission des Saargebietes dem Völkerbundsrat mit, daß sie berechtigt sei, im Falle absoluter Notwendigkeit auf Truppen außerhalb des Gebietes, aber in der Nachbarschaft der Gebietsgrenzen, zurückzugreifen, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Der Völkerbundsrat hat diesen Bericht der Kommission am 8. März 1926 zur Kenntnis genommen. Das Unterhaus kann hieraus ersehen, daß die Verwendung fremder Truppen niemals in Frage gekommen ist und nichts derartiges ist unsererseits in Aussicht genommen. Gewisse französische Vorkehrungen in dem Teile Frankreichs, der an das Saargebiet im Westen grenzt, sind reine Vorsichtsmaßnahmen. Wie ich bereits erklärt habe, kann die Hinzuziehung von Truppen außerhalb des Saargebietes zur Aufrechterhaltung der Ordnung nicht in Frage kommen, es sei denn, die Regierungskommission des Saargebietes sollte nicht in der Lage sein, die Aufgabe zu erfüllen, die ihr gestellt ist und läße sich gezwungen, um Beistand zu ersuchen.

Der deutsche Botschafter hat mich auf meine Bitte hin aufgesucht. Er hat mir die in der Presse vom Samstag veröffentlichten Nachrichten bestätigt, wonach die deutschen Regierungsbehörden in einem Befehl an die SA- und SS-Formationen auf der deutschen Seite der Saargrenze für ein Gebiet, das einen Gürtel von 25 Meilen Breite bildet, das Tragen von Uniformen, die Abhaltung von Aufmärschen und Kundgebungen sowie Ansammlungen jeder Art für die Zeit der Abstimmung verboten haben. Gleichzeitig haben sie feierlich versichert, daß die Gefahr eines Eindringens in das Saargebiet nicht bestehe. Ich habe sowohl Herrn von Hörs als auch dem französischen Botschafter die Befriedigung der britischen Regierung über diese Mitteilung zum Ausdruck gebracht. Vom französischen Botschafter habe ich die Zusicherung erhalten, daß die französischen Vorkehrungen reine Vorsichtsmaßnahmen darstellen, wie dies bereits angedeutet worden ist. Unter diesen Umständen dürfen wir erwarten, daß die Abstimmung, die der Völkerbundsrat abzuhalten verpflichtet ist, bei angemessener Zurückhaltung auf allen Seiten am 13. Januar ordnungsgemäß durchgeführt werden wird.

Zu den Ausführungen des englischen Staatssekretärs ist folgendes zu bemerken: Es wäre bedauerlich, wenn aus den Worten Sir John Simons herauszulesen wäre, als habe es erst der Mahnung des Reichskommissars für das Saargebiet, Bärdele, bedurft, um die Gefahr von deutscher Seite her drohender Unruhen zu beseitigen. Es muß mit allem Nachdruck daran erinnert werden, daß eine derartige Gefahr nicht bestanden hat, daß wiederholt die Zuneigung strengster Justiz innerhalb und außerhalb des Saargebietes von maßgebenden Stellen angeordnet und befolgt worden ist. Wenn jetzt noch ergänzende, ins Einzelne gehende Anordnungen erlassen worden sind, so geschah das, um angesichts der von französischer Seite getroffenen militärischen Maßnahmen, die geeignet waren, die Saarbevölkerung in tiefgehende Beunruhigung und Erregung zu versetzen, nichts zu versäumen. Auf der anderen Seite geht aber gerade aus den Worten Simons: „bei angemessener Zurückhaltung auf allen Seiten“, hervor, daß auch für die übrigen Stellen manches zu tun noch übrig bleibt. Was die juristischen Ausführungen des englischen Staatssekretärs anlangt, so muß noch einmal mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß die Beschlüsse des Völkerbundesrates vom März 1926, die ohne Mitwirkung Deutschlands zustande gekommen sind, Sinn und Zweck verloren haben, seitdem das Rheinland geräumt ist. Darüber hinaus muß aber mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß es unangebracht wäre, wenn jetzt, während der Abstimmungsperiode, das Saargebiet unter die Bajanette einer interessierten Partei, d. h. Frankreich, gestellt würde. Ein solches Vorgehen könnte weder von der Regierungskommission noch vom Völkerbundsrat angeordnet oder verantwortet werden, da dies in klarem Widerspruch zu dem vertraglich verbürgten Recht auf freie und uneingeschränkte Abstimmung stehen würde.

Dreier-Ausschuß für die Saarabstimmung zusammengetreten

Rom, 6. Nov. Am Dienstag fand im Palazzo Chigi eine Zusammenkunft des Dreier-Ausschusses für die Saarabstimmung, bestehend aus dem Vorsitzenden Baron Aloisi, dem Argentinier Cantilo und dem Spanier Olivan. Der Völkerbundsrat hatte in seiner Sitzung vom 8. September den Auftrag des Dreier-Ausschusses ausgesprochen, indem er ihn ermächtigte, an das Studium verschiedener technischer Fragen, die mit der Saarabstimmung zusammenhängen, zu gehen unter Hinzuziehung Sachverständiger, wenn er es für gut erachte. Der Zweck der Sitzung in Rom ist der, die Ergebnisse der bisherigen Schritte und Studien zu überprüfen und Vorschläge zu machen, die dem Völkerbundsrat in seiner nächsten Sitzung unterbreitet werden sollen.

Die Pariser Krise

Der französische Ministerrat

Paris, 6. Nov. Obgleich in der amtlichen Mitteilung über den am Vormittag abgehaltenen Ministerrat kein Wort über die innerpolitischen Schwierigkeiten enthalten war, so erfährt man aus gut unterrichteten politischen Kreisen, daß der Ministerrat zum größten Teil der Beratung über die Haltung der radikalsozialistischen Vertreter im Kabinett gegenüber der Vorlage der drei provisorischen Haushaltswörter gewidmet war. Man versichert, daß Herriot seinen Kollegen klar und deutlich zu verstehen gegeben hat, daß seine politischen Freunde es ablehnten, Doumergue auf diesem Wege zu folgen. Doumergue soll darauf Herriot die Frage gestellt haben, welche Folge seiner Ansicht nach der Rücktritt der sechs radikalsozialistischen Minister haben würde. Um hierüber zu beraten, haben sich Herriot und seine radikalsozialistischen Kollegen während des Ministerrates in einen Nebenraum zurückgezogen und über eine halbe Stunde beraten. Schließlich soll Herriot auf Drängen des radikalsozialistischen Innenministers Marchandeau und des Außenministers Laval sich bereit gefunden haben, seine Entscheidung bis zum nächsten Ministerrat zu verschieben, der Donnerstag vormittag stattfindet. Wenn Herriot mit seinen radikalsozialistischen Kollegen doch zurücktreten sollte, so rechnet man in unterrichteten Kreisen damit, daß Ministerpräsident Doumergue unverzüglich dem Präsidenten der Republik den Gesamttritt des Kabinetts mitteilen werde.

Die sozialrepublikanische Kammerfraktion nahm eine Entschliebung an, in der sie sich gegen die Bewilligung der drei Haushaltswörter ausspricht.

Die 167 Mitglieder zählende Senatsfraktion der Demokratischen Linken hat mit 98 gegen 2 Stimmen, also in Abwesenheit von 69 Fraktionsmitgliedern, den Beschluß gefaßt, Ministerpräsident Doumergue vor einer Verfassungsreform zu warnen, die die Befestigung des Senatsgutachtens im Falle einer Kammerauflösung zur Folge hätte.

Lamoureux' Reise nach Moskau verschoben

Paris, 6. Nov. Handelsminister Lamoureux, der Dienstag mit tag seine Reise nach Moskau antreten sollte, hat sie wegen der innerpolitischen Lage aufgeschoben. Wie er erklärte, seien die Umstände zu ernst, als daß er gegenwärtig an eine Abreise denken könnte.

Kammer Sitzung in Paris

Bertragung auf Donnerstag

Paris, 6. Nov. Die Kammer Sitzung am Dienstag nachmittag wurde mit einem Nachruf des Kammerpräsidenten Bouisson auf König Alexander der Südslawen, Barthou und Poincare eröffnet. Bouisson sagte u. a.: König Alexander habe das wiederkehrende Südslawien in voller Uebereinstimmung mit ausländischen Ministern, die derselben Sache ergeben seien, wie ein Venesch und ein Titulescu, mit klarem Blick den Friedensweg geführt. Die Kammer wünsche, daß die Verantwortlichen, die den abscheulichen Anschlag möglich machten, gesucht und bestraft würden. Zu dem Verlust Frankreichs durch das Hinscheiden Barthous und Poincares sagte der Redner u. a., die von Tag zu Tag wachsende Autorität Barthous werde Frankreich fehlen. Nie habe er sich bereit gefunden, die Republik schmälern zu lassen. Poincare bezeichnete der Redner als einen der größten Staatsmänner des gegenwärtigen Europas. Poincare sei der Ueberzeugung gewesen, daß die Einigkeit, die er in den ersten Tagen 1914 verwirklichte, weiter notwendig sei. Die Kammer würde durch Bewirklichung dieser Einheit in den schweren Tagen der Gegenwart dem Beispiel Poincares treu bleiben.

Die Kammer hörte den Nachruf stehend an. Der linke Flügel brach mehrfach in lebhaften Beifall aus bei Hinweisen des Redners auf die Treue Barthous und Poincares zu den Einrichtungen der Republik und des Parlamentarismus.

Im Namen der Regierung verlas Ministerpräsident Doumergue in der Kammer und Justizminister Lemeray im Senat einen Nachruf, in dem es u. a. heißt: Unter den Ereignissen, die in letzter Zeit das Leben der Völker beeinflussten, konnte keines die europäische Völkergemeinschaft schmerzlicher treffen als das Drama des 9. Oktober, konnte kein fürchterlicheres Verbrechen gegen den Frieden begangen werden. Der Herrscher eines edlen Volkes ist in unserem Lande gefallen als Opfer derselben fremdländischen Hand, die neben ihm einen großen Diener der Republik traf. König Alexander hat den Frieden, dem niemand zu dienen aufhören darf, wenn er nicht die Freundschaft Frankreichs verlieren will, noch in letzter Stunde verteidigt. Kam er doch, der Gefahren bewußt, die Europa drohen, nach Frankreich, um sie zu beschwören und um die Tätigkeit seiner Regierung mit der der französischen Regierung im Hinblick auf eine unerlässliche Zusammenarbeit und notwendige Abmachungen in Einklang zu bringen. Das Bündnis zwischen Frankreich und Südslawien zur Aufrechterhaltung und Festigung der europäischen Ordnung, schloß in der Trauer beider Länder neue Kraft und neue Daseinsberechtigung. Der teillose Bestand des südslawischen Staates einig und stark, ist eine Bedingung des Friedens in Europa. Der König ist tot, seine Politik dauert an.

Während Ministerpräsident Doumergue von der Regierungsbank aus sprach, blieb der linke Flügel des Hauses sitzen. Die Kammer vertagte sich dann zum Zeichen der Trauer auf Donnerstag.

Gömbös bei Mussolini

Rom, 6. Nov. Der ungarische Ministerpräsident Gömbös begab sich Dienstag morgen in den königlichen Palast, wo er sich in das Gästebuch eintrug. Um 11 Uhr suchte er Mussolini im Palazzo Venetia auf, mit dem er eine lange Unterredung hatte. Die Zeitungen widmeten Gömbös lange Artikel, in denen die herzlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern hervorgehoben werden.

So zieht Schmerfow mit den beiden Munkebühls über den Damm und Urjel trippelt eilig hinterher.

Ja, das ist die Minute, auf die Schmerfow manchmal einen ganzen Tag wartet und auf die er sich freut: Wenn Urjel mit ihren Pflegebefohlenen spazierengeht und an die Joachimsthaler Ecke kommt.

Dann muß eben der ganze Verkehr haltmachen, denn auch ein Oberwachmeister hat seine persönlichen Freuden. Die kleine Erika atmet tief und selig und horst sagt: „Das war mal wieder fein, Onkel Schmerfow!“

Ja, es ist schon was, so mit einem richtigen, großen Oberwachmeister Hand in Hand über die Straße gehen zu können und alle Wagen und Autos müssen extra halten! Schmerfow gibt schnell wieder den Verkehr frei.

Urjel dankt ihm freundlich.

Er brummt:

„Na, Fräulein Urjel — wie wär's denn am Sonntag?“

„Aber Sie wissen doch, ich hab' jetzt so wenig Zeit“, wehrt sie ab. „Auch Sonntags.“

„Hab' ich gemerkt“, sagt er mißlaunig. „Aber das — das muß doch mal anders werden, nicht?“

Sie lächelt tröstlich, ein bißchen fremd. Er sieht nur das Lächeln.

„Na ja, ich warte ja schon noch 'n bißchen. Wie wär's denn mit dem Kino morgen? Wenn die beiden Engel da zu Bett sind? Die Ireta Jarbo spielt.“

„Sie haben diesmal Pech, Herr Schmerfow. Morgen abend ist Wäschelegen bei uns.“

„Ach, du grüne Neune! Und ich hab' gerade frei. Schade.“

Urjel reicht ihm schnell die Hand.

„Ich muß weiter. Also auf Wiedersehen, Herr Schmerfow.“

„Wiedersehen, Onkel-Wachmeister“, schreit Horst, und Erika macht einen wunderhübschen Knicks.

Schmerfow grüßt, Hand am Tschako, und sieht den dreien nach. Sein Blick umfaßt zärtlich die schlanke, leicht dahinschreitende Gestalt Urjels, die nun die Kinder wieder an der Hand hat. Seine Augen strahlen, aber eine kleine, scharfe

20 000 RM. für den besten Roman für die deutsch-französische Verständigung

Berlin, 6. Nov. Der deutsche Verlag Batschari hat für den besten Roman, der das Problem der deutsch-französischen Verständigung behandelt, einen Preis von 20 000 RM. ausgesetzt. Das Preisrichteramt hat den Preis bereits im Einvernehmen mit Reichsminister Dr. Göbbels der Präsident der Reichsschrifttumskammer Dr. Hans Friedrich Mund übernommen. Die Bedingungen werden zu einem späteren Zeitpunkt bekanntgegeben.

Der 9. November in Berlin

Berlin, 6. Nov. Die NSD. meldet: Berlin wird am 9. November im Zeichen des Gedenkens an die Gefallenen der Bewegung stehen. An allen Gräbern, in denen Vorkämpfer des Nationalsozialismus ruhen und am Ehrenmal am Zehlener Platz werden Ehrenwachen aufziehen. Am Hause Alte Jakobstraße 1A wird eine Gedenktafel für den am 7. Juni 1932 gefallenen SA-Mann Friedrich Schröder enthüllt werden. Am Abend findet im Sportpalast eine große Kundgebung statt, in deren Mittelpunkt der feierliche Uebertritt von 200 Hiltlerjungen in die SA steht. Im Anschluß daran marschieren die Ehrenformationen zum Großen Zapfenkreuz und Vorbeimarsch am Ehrenmal am Zehlener Platz.

Polizeiliche Schließung von Geschäften

In Kassel sind am Montag auf Grund des Erlasses des preussischen Ministerpräsidenten über Preissteigerungen mehrere Fleischerbetriebe u. Kolonialwarengeschäfte vorübergehend geschlossen worden, weil festgestellt wurde, daß sie die Preisverordnung nicht beachtet hatten. Nach Abstellung der Mängel werden die Geschäfte wieder geöffnet. In Fulda sind einige Metzgereien, bei denen unberechtigte Preissteigerungen festgestellt wurden, bis auf weiteres geschlossen worden. In Hildesburg (Oberschlesien) ist ein Fleischerbetrieb, und in Beuthen sind vier Fleischerbetriebe polizeilich geschlossen worden, weil die Geschäftsinhaber sich gewigert haben, den auf Grund der Verordnung des Reichskommissars für Preisüberwachung getroffenen Anordnungen nachzukommen.

In Berlin war das Ergebnis der Nachprüfung in Einzelhandelsbetrieben und Fleischerläden verschiedener Stadtteile zufriedenstellend. Es hat sich gezeigt, daß die Berliner Geschäfte im Einzelhandel ihre Richtpreise so ziemlich einhielten. Beanstandet werden mußte allerdings das häufige Fehlen eines sichtbaren Preisaushanges.

Der Augsburger Museumsprozeß

Augsburg, 5. Nov. Nach zweieinhalbjähriger Voruntersuchung konnte nunmehr der Prozeß gegen den früheren Leiter des Augsburger Maximilian-Museums, Ludwig Ohlenroth, und seinen Assistenten, den Kunsthistoriker Albert Hämmerle, beginnen. Ohlenroth war zehn Jahre, Hämmerle fünf Jahre am Museum tätig. Sie haben eine geradezu erschreckend große Zahl von Museumsstücken unter der Hand verkauft oder ausgetauscht, wobei sie Wert darauf legten, daß die Austauschobjekte, die sie hereinbekamen, weniger wertvolle waren als die, die sie aus den Beständen des Museums herausgaben. Die Differenz ließen sie sich in Geld auszahlen, das sie dann für sich verbrauchten. Nach ihrer Dienstvorfahrt bedurften sie zu allen derartigen Transaktionen der Genehmigung der Stadtverwaltung. Sie haben sich aber niemals daran gehalten, sondern die zum Teil außerordentlich wertvollen Sammlungen strupplos aufs Schlupfbügel geplündert. Der Beweggrund für ihr verbrecherisches Treiben war ihr Hang zu luxuriösem Leben. Für die Geliebte Ohlenroths wurden byzantinische Ohrgehänge verschleudert, auch wurden die wertvollsten Stücke einer in ihrer Art einzig vorhandenen Porzellan Sammlung aus den Vitruven genommen und ihr ausgeliefert. Das Maximilian-Museum war berüchtigt durch die Sammlungen der herrlichen Kleinodien mittelalterlicher Augsburger Goldschmiedekunst. Gerade von diesen überaus wertvollen Museumsstücken sind Hunderte verschleudert worden, darunter Kostbarkeiten wie eine von Philipp von Spanien gestiftete Krone, ein Modell der Grabstätte von Jerusalem, goldene Dosen usw. Die Zinn- und Gläser Sammlung wurde derartig ausgeplündert, daß sie heute jeden wissenschaftlichen und künstlerischen Wert verloren hat. Als die Ausbeute an diesen Kunstgegenständen keinen Gewinn mehr versprach, machten sich die ungetreuen Museumswalter an Gemälde und Zeichnungen, die sie zu Schleuderpreisen abgaben. Der Schaden, den die Stadt Augsburg erlitten hat, geht in die Hunderttausende, viele der verschleuderten Kostbarkeiten sind heute überhaupt nicht mehr einbringbar.

Ein Volk tritt an

Ein Roman vom neuen Deutschland von Paul Hain.

Die Ronde singt natürlich selber mit — das ist Ehrensache. Und dann spielt die Kapelle noch eine Abschiedspolka für die ADW. und ist so lang, daß jeder wirklich noch einmal auf seine Kosten kommt.

Danach aber ist es endgültig vorbei. Große Abschiedsfeiern, Händeschütteln, verstoßene, schnelle Küsse, und die ADW. ziehen los.

11. Kapitel.

Schmerfow hat Straßendienst. Er steht an der Joachimstaler Straße, hebt ab und zu den Arm mit einer fast anmutigen Leichtigkeit, winkt grazios, regelt den Verkehr, daß es wie am Schnürchen geht, und hat für alle ein nettes Lächeln. Manchmal führt er eine alte, allzu ängstliche Dame galant über den Damm, grüßt elegant und senkt schon wieder im nächsten Augenblick strahlend den ganzen Betrieb. Die Kutler winken ihm freundlich zu, wenn er an der Ecke steht, zuweilen trifft ihn ein fröhlicher Gruß — man hat ihn wirklich gern, den Schmerfow.

Nun blinzelt er mit einemmal, als blende ihn der schwache Schein der Herbstsonne, aber dennoch scheint sie sein Gesicht förmlich mit ihrem Glanz überstrahlt zu haben, so leuchtet es darin.

Was ist geschehen?

Er streckt den Arm aus, stoppt den Verkehr ab und geht mit ordentlich floten Schritten auf die andere Straßenseite hinüber.

Strammer Gruß.

Urjel errötet, die kleine Erika streckt schon lachend das Händchen aus, Horst schiebt seine Patzche in die andere behandschuhete Pranke Schmerfows und hebt die Füße wie zum Parade marsch.

Falte steht ihm über der Nase. Hat sie nun wirklich Wäschelegen morgen abend?

Er fährt schleunigst auf dem Absatz herum. Wenn man schon mal seine Gedanken woanders hat! Da geht natürlich alles durcheinander — zwei Chauffeure schimpfen mächtig aufeinander ein, ein alter Herr hat mitten auf dem Damm seinen Zwicker verloren und kann nicht weiter, seine Arme fuchteln wie Windmühlflügel herum, eine Straßenbahn ist in eine falsche Weiche gefahren und bimmelt unentwegt wie in höchster Todesangst, da sie nicht vorwärts und nicht rückwärts kann. Der Wagenführer hört von links und rechts aus der festgefahrenen Autoburg, daß er ein kompletter Idiot sei, dem man seine „Kaffeemühle“ konfiszieren müßte. „Doofe Schienenwanze“ ist dabei noch eine Liebfözung. Der Fahrer schreit mit der gleichen Energie den nächsten Chauffeur an, der mit seinem „Kochtopf“, seinem „dreidigen Detektor“ allein an allem schuld sei und „woll'n falsche Düse an seinem Triefel“ habe. Der Chauffeur wird auf dem „mächtigen Bremsstängel“ brüllt er gerade und willkommener Weg — da greift Schmerfow ein. Wieder ganz im Dienst.

„Sachte mal!“ brummt er, fuchtel dem und jenen mit dem Arm zu, schiebt den „Kochtopf“ auf Fahrt, dirigiert und lächelt nach links und rechts — in fünf Minuten ist alles in Ordnung. Der Verkehr „rollt“ wieder. Schmerfow denkt ärgerlich, aber sehr richtig bei sich: Liebe ist für unferne eben nur was nach 'm Dienst!

Inzwischen spaziert Urjel mit ihren beiden „Engeln“ weiter den heimischen Benaten zu. Nein, sie hat kein Wäschelegen morgen abend. Aber sie hat auch keine Lust, mit Schmerfow ins Kino zu gehen, wie sie es schon einmal gemacht hat. Er ist ihr zu schade dafür, daß er sich Illusionen hingibt, die sie ihm nie erfüllen kann. Wenigstens jetzt noch nicht. Sie ist so froh und zufrieden in ihrem neuen Wirkungskreis — so ganz hingegeben den beiden Kinderseelen, daß sie Angst hat vor allem, was ihr Herz nun beunruhigen könnte.

(Fortsetzung folgt.)



„a. D.“ statt „i. R.“

Der Reichsminister des Innern hat folgendes Schreiben an die Landesregierungen gerichtet: „Ich habe bisher folgenden Standpunkt vertreten: Aus Paragraph 2 Abs. 2 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 (Entlassung wegen mangelnder Vorbildung oder Eignung, die sog. „Bestimmung gegen Parteibeamtete“) ergibt sich zweifellos, daß der Wille des Gesetzgebers, dem aus dem Dienst entlassenen Beamten neben den vermögensrechtlichen Ansprüchen auch den Anspruch auf Weiterführung der Amtsbezeichnung und des Titels zu entziehen. Gleiches gilt auch in den Fällen des Paragraphen 2a des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums in der Fassung des Gesetzes vom 20. Juli 1933 (Entlassung wegen kommunistischer Betätigung). In Paragraph 4 des Berufsbeamtengesetzes (Entlassung wegen der früheren politischen Betätigung) fehlt dagegen eine die Weiterführung der Amtsbezeichnung und des Titels unterlassende Bestimmung. Da die nach Paragraph 4 entlassenen Beamten jedoch kein Ruhegeld, sondern eine Rente in Höhe von drei Viertel des Ruhegeldes beziehen, wird der Zusatz zur Amtsbezeichnung nicht „i. R.“, sondern nur „a. D.“ lauten dürfen.

Eine Schiller-Gedenkfeier in Weimar

Weimar, 6. Nov. Der Schillertag am 10. November wird in Weimar in Gegenwart von Vertretern der Reichsregierung und der Länderregierungen mit einer Aufführung der 9. Sinfonie von Beethoven unter Leitung von Professor Hans Pfitzner festlich begangen werden. Die Gedenkrede wird Reichsminister Dr. Göttele halten. Aus Anlaß des Gedenktages zu Ehren der Gefallenen der Bewegung bringt das Deutsche Nationaltheater in Weimar am 9. November innerhalb einer Schiller-Festwoche den „Wilhelm Tell“ zur Aufführung.

„Graf Zeppelin“ von der 11. Südamerikafahrt zurück

Friedrichshafen, 6. Nov. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist am Montag nacht von seiner 11. Südamerikafahrt unter Führung von Kapitän Lehmann nach Friedrichshafen zurückgekehrt und um 0.10 Uhr auf dem Werftgelände glatt gelandet. An der Fahrt nahmen 21 Fluggäste teil. Das Luftschiff wird nun während einer längeren Fahrtenpause einer gründlichen Ueberholung unterzogen, und erst im Dezember eine Weihnachtsfahrt nach Südamerika ausführen.

Die bisherigen Leistungen des Luftschiffes „Graf Zeppelin“

Friedrichshafen, 6. Nov. „Graf Zeppelin“ hat nach der Rückkehr von seiner 11. diesjährigen Südamerikafahrt insgesamt 980 098 Kilometer in 9634 Stunden 52 Minuten Fahrzeit zurückgelegt. Es ergibt sich hieraus ein Geschwindigkeitsdurchschnitt von mehr als 190 Kilometer je Stunde. An den Fahrten des Luftschiffes nahmen 10 370 Fahrgäste teil. Seit Inbetriebnahme hat „Graf Zeppelin“ einschließlich der Besatzung 27 368 Personen, 41 183 Kilogramm Fracht und 24 748 Kilogramm Post befördert.

Im acht Tagen von Dessau nach Johannesburg

Johannesburg (Südafrika), 6. Nov. Drei Junkersflugzeuge, die vor acht Tagen in Dessau zu einem Flug nach Südafrika gestartet waren, sind am Montag in Johannesburg eingetroffen. Die Flugzeuge haben für die gewaltige Strecke eine reine Flugzeit von nur 43 Stunden 20 Minuten benötigt. Der Flug führte über Kairo, Chartum, Juba, Dodoma und Salisbury. Die Zuverlässigkeit der deutschen Maschinen wurde während eines furchtbaren Gewitters über dem Weißen Nil auf eine schwere Probe gestellt, jedoch konnten alle drei Flugzeuge ohne jede Beschädigung ihren Flug durchführen. Der Empfang in Johannesburg war außerordentlich freundlich.

Feuerbrand in einem süditalienischen Dorf Hundert Häuser zerstört

Rom, 6. Nov. In dem Dörfchen Aspromonte in der Provinz Reggio Calabria entwickelte sich nachts in einem Wohnhaus ein Brand, der durch den Sturm begünstigt mit Windeseile um sich griff. Trotz Beteiligung aller Vörschläge der Umgegend, die sofort an die Arbeit gingen, gelang es erst nach langer Zeit, die Flammen zu löschen. Etwa 400 Personen sind obdachlos geworden, da die Flammen an 100 Wohnhäuser völlig zerstört haben.

Matuschka vor dem Budapest Straffenat

Budapest, 5. Nov. Unter starkem Interesse der gesamten internationalen Öffentlichkeit begann vor dem Budapest Straffenat am Montag die Schwurgerichtsverhandlung gegen Sylvester Matuschka, der in der Nacht vom 13. zum 14. September 1931 durch Sprengung des Bahnüberganges bei Batorbagg auf der Strecke Budapest-Wien den Balkan-Expreszug zur Entgleisung brachte. Dem Anschlag fielen 22 Tote und 14 Verletzte zum Opfer. Matuschka steht unter dem Verdacht, gleichfalls die Eisenbahnanschläge von Jüterbog und Ansbach begangen zu haben. Von dem österreichischen Gericht ist Matuschka bereits zu sechs Jahren schweren Kerkers verurteilt worden. Die Auslieferung an das ungarische Gericht erfolgte erst vor kurzer Zeit. Die ungarischen Schwurgerichtsverhandlungen beginnen mit Unterbrechung des österreichischen Strafprozesses jetzt auf ausdrückliche Forderung der ungarischen Behörden, da eine Verwicklung der Spurens im Falle einer Verschiebung der Verhandlung bis zum Ablauf der österreichischen Kerkerstrafe befürchtet wird. Zu den Verhandlungen sind 63 Zeugen, hauptsächlich die noch lebenden Mitreisenden des verunglückten Zuges, geladen. Die ungarische Behörde hat deutsche, englische und französische Dolmetscher zum Vorhör der ausländischen Zeugen berufen. Die Anklage des ungarischen Staatsanwaltes lautet auf 22 mit Vorbedacht durchgeführte Morde und 14 Mordversuche. Die Verhängung der Todesstrafe ist jedoch ausgeschlossen, da Sylvester Matuschka zur Zeit der Tat österreichischer Staatsangehöriger war und damals in Oesterreich die Todesstrafe nicht bestand. Die ungarischen Ärzte haben Matuschka für zurechnungsfähig erklärt. Die Dauer der Verhandlung vor dem ungarischen Straffenat ist zunächst auf acht bis zehn Tage bemessen worden.

Als Matuschka hereingeführt wurde, versuchte er offenbar den Eindruck eines Irrsinnigen zu erwecken. Er zeigte einmal ein aufgeregtes, dann wieder ein schüchternes, gedrücktes Wesen. Die Verteidigung wird, wie man bereits weiß, den Nachweis zu erbringen suchen, daß Matuschka geistig unnormal ist. Der Generalstaatsanwalt verlas die umfangreiche Anklageschrift, in der Matuschka für die Eisenbahnattentate von Batorbagg, Jüterbog und Ansbach verantwortlich gemacht wird. Die Anklageschrift schildert, daß Matuschka nach eigenem Geständnis die Sprengung der Eisenbahnlinie Paris-Marjelle und Paris-Ventimiglia vorbereitet hatte. Eingehend schildert die Anklageschrift die krankhafte Veranlagung des Angeklagten, erwähnt seine zahlreichen Frauenbekanntschaften in Wien und Budapest und berichtet, daß er in Berlin bereits am 6. August in einem Elektrogeschäft sich die notwendigen Materialien für den Anschlag besorgte und gleichzeitig mit den beiden Verkäuferinnen Zusammenkünfte verabredet habe. Nach der Anklageschrift hat Matuschka

leht angegeben, daß der „Geist Leo“, der ihn zum Anschlag getrieben habe, in der Person eines gewissen Leo Bergmann zu suchen sei, mit dem er 1927 eine religiöse Sekte mit kommunistischem Einschlag gegründet habe. Matuschka war 1931 in Berlin von neuem mit Leo Bergmann zur Errichtung einer Berliner Filiale dieser Sekte zusammengetroffen.

Der Angeklagte in Fesseln gelegt

Budapest, 6. Nov. Das Verhör des Eisenbahnattentäters Sylvester Matuschka nahm einen äußerst bewegten, oft stürmischen Verlauf und führte zu ununterbrochenen Zusammenstößen zwischen dem Vorsitzenden und dem Angeklagten. Matuschka suchte allzu offensichtlich den Eindruck geistiger Unzurechnungsfähigkeit hervorzurufen und gab fortgesetzt wirre, planlose und völlig fantastische Antworten. Das Verhör richtet sich hauptsächlich auf die Feststellung des von Matuschka immer wieder erwähnten „Geist Leo“, der ihn zu dem Anschlag getrieben habe. Als Matuschka im weiteren Verhör immer wieder auf den Geist Leo zu sprechen kam und behauptete, der Satan sei ihm in Gestalt des Leo begegnet, wies ihn der Präsident schroff zurück. Hierauf protestierte Matuschka heftig, schlug ununterbrochen aufgeregt auf den Tisch und rief: „Wenn es einen Gott gibt, so gibt es auch einen Satan.“ Der Präsident erwiderte, der Gerichtshof werde sich durch solche Ammenmärchen nicht beeinflussen lassen. Im weiteren Verhör erklärte Matuschka sich als schuldig und betonte seine Reue über den Anschlag. Im Verlauf der Verhandlung ließ der Präsident Matuschka mehrfach wegen seiner heftigen Ausfälle in Fesseln legen.

Beneš über die internationale Lage

Prag, 6. Nov. In seinem am Dienstag vor beiden Kammern erstatteten Bericht über die auswärtige Lage erklärte der Minister des Äußeren, Beneš, u. a., die diesjährige Völkerverammlung bedeute bis zu einem gewissen Grade die Ueberwindung der Krise des Völkerbundes. Den Eintritt Somajetrands in den Völkerbund bezeichne Beneš als großes Ereignis, das eine Aenderung in der europäischen Gruppirung bedeute. Ein die Unabhängigkeit Oesterreichs sicherndes Abkommen sei nicht zustande gekommen, da mit Italien über einige Grundzüge des Abkommens völliges Einvernehmen noch nicht erzielt worden sei. Das Saarproblem bezeichne der Minister als eine „bellante Angelegenheit“, die in näherer Zeit ernste Bemüdhungen herbeiführen könnte. Es liege auch im Interesse der Tschechoslowakei, daß die Saarfrage nach der Januar-Vollversammlung so gelöst werde, daß sie eine spätere französisch-deutsche Verständigung — die tatsächliche Vorbedingung des europäischen Friedens — ermögliche. Der Minister stellte weiterhin fest, daß das Verhältnis zu Deutschland gut sei und durch jede Annäherung Deutschlands an die Freunde der Tschechoslowakei nur gebessert werden könne. Im Verhältnis zwischen Polen und der Tschechoslowakei bestehe gegenseitige Zurückhaltung. Die gegenwärtige internationale Lage bezeichne der Minister als Zustand des gegenseitigen Abwartens und der Bildung neuer Kräfte und Fronten. „Das Endziel unserer Politik ist das Einvernehmen und die Zusammenarbeit mit allen Staaten, vor allem auch mit Deutschland.“



Eine Bergmannsbüste aus oberösterreichischer Steintohle

wurde im Auftrage des Beuthener Oberbürgermeisters von dem oberösterreichischen Bildhauer Tuckermann geschaffen, die die Widmung trägt: „Die Stadt Beuthen ihrem Ehrenbürger dem Führer Adolf Hitler.“

Parlamentswahlen in den Vereinigten Staaten

Washington, 6. Nov. Am Dienstag fanden in 47 Staaten der Union die Wahlen für das Bundesparlament statt. 432 Abgeordnete des Repräsentantenhauses, 33 Senatoren (ein Drittel der Mitglieder des Senats) und 33 Gouverneure wurden neu gewählt.

Es handelt sich bei diesen Wahlen, die verfassungsmäßig alle zwei Jahre, am Dienstag nach dem ersten Montag im November, stattfinden müssen, um ein ganz großes innerpolitisches Ereignis, insbesondere für den Präsidenten, der für seine Regierungstätigkeit bekanntlich in weitgehendem Maße auf einen ihm gegenüber günstig eingestellten Bundestag angewiesen ist.

Ueber den voraussichtlichen Ausgang dieser Wahlen läßt sich noch nichts Genaues sagen. Jedoch geht die allgemeine Meinung dahin, daß die mit Präsident Roosevelt an der Regierung befindliche demokratische Partei auch im neuen Bundestag die überwiegende Mehrheit behalten wird. Jedenfalls hat sich der kleine Bundesstaat Maine, wo die Wahlen nach alter Tradition bereits Anfang September abgehalten worden sind, mit erheblicher Mehrheit für den neuen Kurs Roosevelts entschieden, was von der demokratischen Partei als ein günstiges Vorzeichen angesehen wird. Allerdings wird Roosevelt bei der Durchführung seiner neuen und zum Teil umwälzenden Maßnahmen auch bei einem überwiegend demokratisch gestimmten Bundestag keinen leichten Stand haben, da die demokratische Partei in drei Gruppen zerfällt, von denen nur die allerdings stärkste Mittelgruppe alle Maßnahmen des Präsidenten vorbehaltlos unterstützt. Der neue Parlamentsabschluß beginnt mit dem 3. Januar 1935.

Das ägyptische Kabinett zurückgetreten

Kairo, 6. Nov. König Fuad hat am Dienstag den Rücktritt des Kabinetts Nehia Pascha angenommen.

Kommunistische Verschwörer in Südbanien

Belgrad, 6. Nov. Wie verlautet, entdeckte die südbanische Polizei in Subotica an der südbanisch-ungarischen Grenze eine weitverzweigte kommunistische Organisation. Die Polizei nahm über 30 Verhaftungen vor. Unter den Verhafteten befinden sich Studenten der dortigen Rechtsfakultät, Handwerker und Arbeiter. Die Untersuchung wird fortgesetzt.

Lokales

Wildbad, 7. November 1934.

Reichstrauertag der NSDAP.

NSD. Der Stellvertreter des Führers gibt bekannt: Am 9. November 1934, dem Reichstrauertag der NSDAP, gedenkt die Bewegung ihrer Toten. Aus diesem Grunde sehen alle Dienststellen der Partei ihre Flaggen auf Halbmast. Die Parteigenossenschaft und Bevölkerung werden aufgefordert, die Bestattung in gleicher Weise vorzunehmen.

— **Leere Räume in der Schule für die Hitlerjugend.** Ein Erlaß des württ. Kultministers über die Ueberlassung von Räumen in öffentlichen Schulen an die Hitlerjugend bestimmt: „Die Durchführung des Staatsjugendtages und des durch die Reichsjugendführung begonnenen umfangreichen Schulungsprogramms macht es notwendig, allen Einheiten der Hitlerjugend die erforderlichen Räume zur Verfügung zu stellen. Der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung hat neuerdings festgestellt, daß in vielen Fällen staatliche wie kommunale Baulichkeiten noch bei weitem nicht in dem Maße der Pflege der Jugend nutzbar gemacht sind, wie dies möglich wäre. Der Reichsminister hat dabei besonders darauf hingewiesen, daß auch geeignete Räume in öffentlichen Schulen der Hitlerjugend auf Widerstand zur Verfügung zu stellen sind. Dabei soll es sich nicht in erster Linie um Klassenzimmer handeln, die tagsüber zum Unterricht benützt werden und nur abends frei sind, sondern um leere Räume, die von der Hitlerjugend selbst ausgestattet und für ihre Bedürfnisse eingerichtet werden können. Sämtliche Schulleiter haben unter Zuziehung des Vertrauenslehrers der HJ. sofort zu prüfen, ob in ihren Schulgebäuden leere Räume vorhanden sind, oder ob Räume, die nicht oder nicht genügend benützt werden, freigemacht werden können. Bei Gebäuden im Eigentum von Gemeinden haben die Schulleiter sobald alsbald den Ortsvorstehern geeignete Vorschläge zu machen. Ich lege größten Wert darauf, daß diese Anordnung zu einem greifbaren Erfolg führt. Ich erwarte deshalb gründliche und wohlwollende Prüfung und tatkräftige Durchführung. Ueber das Ergebnis haben die Schulleiter bis spätestens 1. Dezember 1934 auf dem Dienstweg zu berichten.“

— **Kernobst-Süßmoße ohne Wasserzusaß steuerfrei.** Der Reichsfinanzminister hat die bisher uneinheitlich behandelte Frage geklärt, inwieweit die Gemeindegetränksteuer für Süßmoße angewendet werden kann. Der Minister stellt fest, daß Kernobst-Süßmoße, sofern sie entsprechend den Normativbestimmungen der Wirtschaftlichen Vereinigung der deutschen Obst- und Gemüseverwertungs-Industrie, also ohne Wasserzusaß, hergestellt sind, im Sinne des Mineralwassersteuergesetzes nicht als künstlich bereite Getränke gelten. Hiernach unterliegen diese Kernobst-Süßmoße nicht der Gemeindegetränksteuer, weil für die Abgrenzung der Getränke, die darunter fallen, die Vorschriften der Mineralwassersteuer anzuwenden sind. Die Beeren-, Kirsch- und gemischten Süßmoße sind wegen des Wasserzusaßes, den sie erhalten, künstlich bereite Getränke im Sinne des Mineralwassersteuergesetzes und unterliegen daher der Gemeindegetränksteuer.

— **Saarjahrbuch 1935!** An jeden deutschen Volksgenossen erging in den letzten Tagen der Aufruf des Saarbevollmächtigten und des Führers der Deutschen Arbeitsfront: mitzuhelfen am Aufbau des Saarländischen Volkswirtschafts! Das Saarjahrbuch 1935 ist erschienen und wird mit seinem Reinertrag der Saarlilfe zugute kommen! 365 Tage mahnt es uns an die geschichtliche Mission, die die deutsche Weimarer im Laufe der Jahrhunderte zu erfüllen hatte, mahnt uns an die großen Aufgaben, die uns das kommende Jahr des Wiederaufbaus an der Saar gestellt hat. Ueber 100 Seiten zählt das reichbebilderte Saarjahrbuch und enthält zahlreiche Beiträge über die völkische, politische und wirtschaftliche Verflechtung der Saar mit dem Reich! Heimatliche und echtes Deutschtum haben dieses Jahrbuch geschrieben, jede Zeile schildert das Schaffen und Kämpfen an der Saar! Und Tugende seltener Aufnahmen führen uns Eigenheit und Bodenständigkeit unserer Saar vor Augen! Keiner soll daher fehlen, wenn es gilt, einen kleinen Beitrag für die Saarlilfe zu opfern! In jedem Wohn- und Arbeitsraume soll das Saarjahrbuch Aufnahme finden! Preis 1 RM. Zu haben in jeder Buchhandlung.

Der Trennhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Südwestdeutschland erläßt folgende Bekanntmachung

Es wird berichtet, daß entgegen den wiederholten Anweisungen in einer Reihe von Betrieben Betriebsordnungen auch heute noch nicht erlassen worden sind. Verpflichtet hierzu sind die Betriebe, in denen in der Regel mindestens 20 Angestellte und Arbeiter beschäftigt sind. Als letzter Zeitpunkt für den Erlaß ist vom Reichsarbeitsminister der 30. September 1934 bestimmt worden. Ich erlaube nunmehr die Vertrauensmänner derjenigen Betriebe, in denen auch heute eine Betriebsordnung noch nicht vorhanden ist, mir hieron umgehend Anzeige zu erstatten.

Gleichzeitig mache ich wiederholt darauf aufmerksam, daß die Führer der Betriebe mit mindestens 50 Beschäftigten verpflichtet sind, zwei Abdrücke der Betriebsordnung dem statistischen Reichsamte dann einzusenden, wenn in derselben die Höhe des Arbeitsentgeltes geregelt ist.

Württemberg

Regelung der landwirtschaftlichen Schulbauernhöfe im 3. Vierteljahr 1934

Im 3. Kalendervierteljahr 1934 sind nach den „Mitteilungen des Württ. Statistischen Landesamts“ in Württemberg 430 Zwangsversteigerungen von Grundstücken mit einer Fläche von zusammen 322,1 Hektar, davon 306,7 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche, angeordnet worden. Gegenüber dem vorangegangenen 2. Vierteljahr 1934 ist die Zahl der angeordneten Zwangsversteigerungsverfahren um 5 (gleich 1,2 Prozent), die Fläche der betroffenen Grundstücke um 3,3 Hektar (gleich 1,0 Prozent) größer geworden. Der Versteigerungserlös belief sich auf insgesamt 1 611 619 RM. (im Vorvierteljahr 1 448 437 RM.). In 242 Fällen mit 303,7 Hektar Fläche konnte der Versteigerungsbefehl

